

gerung von Investitionen und Produktivität, die eben nicht nur durch Strom-, sondern maßgeblich auch durch Bestandsgrößen beeinflusst werden.

Interpretiert man eine Schuldenreduzierung als notwendige Bedingung, dann liegen die hinreichenden Bedingungen für einen nachhaltigen Entwicklungspfad beispielsweise in einer Politik für ausländische Direktinvestitionen und andere Bereiche, die die Abhängigkeit von ausländischen Kapitalimporten radikal reduziert. Da allerdings per Definition nicht alle Länder der Welt eine solche Politik der Überschüsse gegen den Rest der Welt realisieren können, bedürfte es auch einer Form der multilateralen Koordination zur internationalen Verteilung von Überschüssen und Defiziten. Ob und wie eine solche Koordination erreichbar ist, und wie die spezifischen Politikanforderungen zur Erzielung von externen Überschüssen auszugestaltet sind, könnte Thema der zukünftigen Berichte zu Handel und Entwicklung der UNCTAD sein.

Einkommens- und Vermögensentwicklung in Deutschland

*Dieter Eißel**

Vorbemerkung

Insgesamt können nicht nur bei der Einkommens-, sondern noch mehr bei der Vermögensverteilung nur Annäherungswerte an die tatsächliche Verteilung gefunden werden, denn »das Bild über die Verteilung und ihre Entwicklung in Deutschland (ist) so diffus wie die vorhandenen Datenquellen lückenhaft und die methodischen Ansätze vielfältig sind« (Becker 2001: 19). Dies gilt insbesondere für die Datenlage bei hohem Einkommen und bei den Vermögen. Wichtige Datenquellen für das Geldvermögen und die Vermögenseinkommen der privaten Haushalte stellen in erster Linie die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung des Statistischen Bundesamtes und die gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung sowie laufende Kreditstatistiken der Deutschen Bundesbank dar. Auch Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS), des Sozio-Ökonomischen Panels (SOEP) und der Steuerstatistik können verwendet werden. Bei den EVS-Daten ist jedoch zu beachten, dass Haushalte mit mehr als DM 35.000 Monatseinkommen nicht befragt werden und daher Daten über die sehr reichen Haushalte nicht vorliegen. Im Prinzip könnte dieser Engpass durch die Steuerstatistiken behoben werden. Diese liegen aber in der Regel noch viel länger zurück. Wegen der Aussetzung der Vermögensteuer werden z.B. seit 1996 auch keine entsprechenden Daten mehr erhoben.

Die Daten sind daher – zumindest in den oberen Einkommensbereichen – eher als Trends zu verstehen. Über Armut wissen wir dagegen mehr. Dass sie zugenommen hat, liegt – entgegen der verbreiteten Meinung – nicht an gesunkenen Verteilungsspielräumen, denn das Bruttoinlandsprodukt (BIP) hat auch im letzten Jahrzehnt, das politisch durch

* Universität Gießen.

kontinuierliche Einschnitte in das System der sozialen Sicherung geprägt ist, nicht abgenommen, sondern ist – wenngleich in niedrigen Raten – gestiegen. Nur 1993 ging das BIP in realen Preisen um 1,1% zurück. Im Ergebnis gab es 2002 ein BIP (in Preisen von 1995) von 1.977 Mrd. € und damit allein in diesem Jahr real 254 Mrd. € mehr als 1991, die für eine zusätzliche Verteilung zur Verfügung standen. Die Arbeitnehmer/innen konnten allerdings im Durchschnitt hiervon ebenso wenig profitieren wie diejenigen, die auf Sozialtransfers angewiesen sind. Auch die öffentlichen Haushalte gerieten in eine massive Finanzkrise. Stattdessen stiegen die durchschnittlichen Gewinne, massiv unterstützt durch Steuerentlastungen.

Daten zur wachsenden Ungleichheit: Einkommen

Eine Ausgangslage für die Umverteilungspolitik bildet die Verteilung der funktionellen Einkommen zwischen Kapital und Arbeit auf dem Markt. Hier ist bereits eine Schiefelage zu erkennen. Die Bruttolohnquote (der Anteil der Arbeitnehmereinkommen am Volkseinkommen) ging bereinigt (d.h. bei konstant gehaltener Quote von Arbeitnehmer/innen an den Erwerbstätigen) von einem Höchststand von 77,8% 1982 bis 1990 in Westdeutschland auf nur noch 69,6% zurück. Im vereinigten Deutschland stieg die Quote von 1991 mit 71,4% bis 1993 zunächst an (auf 74,1%) und sank danach wieder ab (1999 auf 71,8%). Zuletzt gab es wieder einen leichten Anstieg (2002 auf 72,3%), ohne allerdings die Höhe von Anfang der achtziger Jahre wieder zu erreichen (Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung 2003: Ziff. 1.9).

Zur Vermeidung prekärer Lebenslagen, die vor allem durch Einkommensarmut bedingt sind, steht dem (Sozial-)Staat das Instrumentarium der Sozialtransfers und Steuerpolitik zur Verfügung, damit diejenigen, die kein oder zu geringes Markteinkommen erzielen, durch das staatliche Transfersystem ein Einkommen erhalten, das ein angemessenes Leben ermöglicht. Tatsache ist jedoch, so auch der »Erste Armuts- und Reichtumsbericht« der Bundesregierung:

»Die Bestandsaufnahme und Analyse der Entwicklung in Deutschland bis 1998 macht in fast allen Lebensbereichen deutlich, dass soziale Ausgrenzung zugenommen und Verteilungsgerechtigkeit abgenommen hat« (Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung 2001: XV).

Entsprechend den Ergebnissen der EVS 1998 war jeder achte Haushalt (12,7%) von Armut bedroht, weil er über weniger als das durchschnittliche Einkommen von DM 5.020 verfügte. Besonders von Armut betroffen sind allein Erziehende (34,6%) (Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend 2002: 220) und Arbeitslose. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) belegt in einer Auswertung des jährlichen SOEP für Westdeutschland ebenfalls einen Anstieg der Armutsquote (weniger als 50% des durchschnittlichen Äquivalenzeinkommens) von 11,0% (1992) auf 14,4% (2000); für Ostdeutschland blieb diese Quote mit 7,4% (1992) und gegenwärtig 7,3% dagegen relativ konstant (Otto/Siedler 2003: 62). Ein besonderer Skandal ist sicherlich, dass in

Deutschland rund eine Million Kinder in Armut leben, wobei sich – der EVS zufolge – das Armutsrisiko erhöht hat: 1973 waren von den Kindern bis 6 Jahre 7,6% von Armut betroffen, 1998 lag die Quote bei 15,9%. Ähnliche Trends mit 7,2% bzw. 15,3% gibt es auch bei der Gruppe der Kinder von 7 bis 13 Jahren (Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung 2001: 48). Wachsender Reichtum in den Händen Weniger fällt mit wachsender Armut im unteren Einkommensbereich zusammen.

Betrachtet man die Einkommensverteilung nach sozio-ökonomischen Haushaltsgruppen, so zeigt sich, dass das Wachstum der (Netto-)Einkommen bei den Selbständigen mit einem Plus von DM 32.427 in den 1990er Jahren weit vor den Zuwächsen aller anderen Haushaltsgruppen lag.

Tabelle 1: Netto-Jahreseinkommen je Haushalt in Deutschland in DM nach dem überwiegenden Lebensunterhalt

	1991	2000	nominales Wachstum absolut
Selbständige	140.624	173.091	32.467
Beamte	66.303	76.473	10.170
Angestellte	56.720	69.041	12.321
Arbeiter	47.136	56.523	9.387
Arbeitslose	31.098	36.574	5.476
Rentner	32.662	40.486	7.824
Pensionäre	44.980	53.199	8.219
Sozialhilfeempfänger	20.927	26.013	5.086
Haushalte insg.	50.265	60.826	10.561

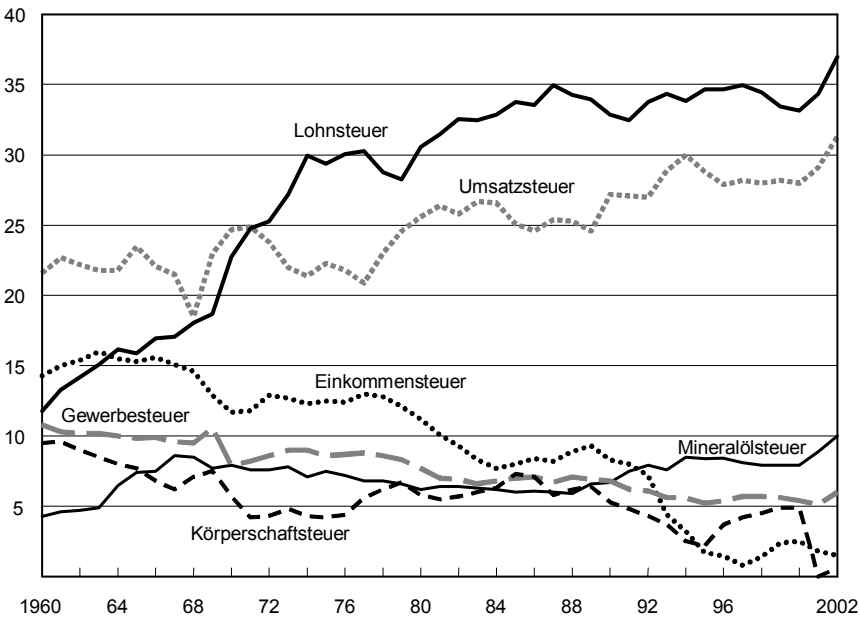
Quelle: Statistisches Bundesamt 2001

Die Daten der EVS von 1998 belegen zudem, dass die Selbständigen-Haushalte nicht nur im Durchschnitt ihre Einkommen überdurchschnittlich erhöhen konnten, sondern dass sie auch über eine entsprechend größere Sparsumme verfügten. Sie konnten im Durchschnitt DM 1.861 pro Monat an Ersparnis bilden. Haushalte mit Einkommen aus Arbeitslosengeld bzw. -hilfe hatten dagegen mehr Ausgaben als Einkommen und verschuldeten sich im Monat durchschnittlich mit DM 30. Arbeiterhaushalte konnten bei einer monatlichen Ersparnis von DM 657 nur rund ein Drittel der Sparsumme der Selbständigen zurücklegen. Bei Beamten- (DM 1.202) und Angestelltenhaushalten (DM 975) betrug der Abstand zur Ersparnis der Selbständigen rund 30% bzw. 50% (Statistisches Bundesamt 1998: 26 ff.).

Nach Größenordnungen gegliedert, weisen die Daten der EVS 1998 aus, dass in der erfassten obersten Einkommensgruppe (15.000 bis DM 35.000) die monatliche Ersparnis bei durchschnittlich DM 7.120 pro Monat lag, während am unteren Ende die Verschuldung wuchs: Bei Einkommen unter DM 1.800 pro Monat verschuldeten sich die Haushalte mit monatlich durchschnittlich DM 175 und in der nächsten Einkommensgruppe (1.800 bis DM 2.500) immerhin noch mit DM 40 (Statistisches Bundesamt 1998: 256 ff.). Hier ist eine Armutspirale vorgezeichnet, während im oberen Einkommensbereich über Ersparnisse Vermögen aufgebaut oder vergrößert wird, welches wiederum Einkommen generiert.

Obwohl es die Arbeitnehmer und ihre Familien sind, welche die größte Abgabenlast (insbesondere durch Zuwächse bei der Lohn- und Mehrwertsteuer) tragen, werden sie jetzt von den Kürzungen im Sozialbereich am stärksten betroffen. Im Gegensatz dazu haben sich die Wohlhabenden mit politischer Unterstützung mehr und mehr vom Fiskus verabschiedet. Berücksichtigt man nur die Besteuerung der Kapitalgesellschaften durch Körperschaftsteuern und die der Personengesellschaften bzw. Familienbetriebe durch die veranlagte Einkommensteuer, dann ergibt sich folgende Entwicklung: Zu Beginn der Ära Kohl 1983 hatten beide Steuerarten zusammen noch einen Anteil von 14,3 % am Ge-

Abbildung 1: Steuerentwicklung 1960- 2002* Anteil ausgewählter Steuern in % der



* ab 1990 Gesamtdeutschland

Quelle: Eigene Berechnung und Darstellung nach Veröffentlichungen des Bundesministeriums der Finanzen und Statistischem Bundesamt

samtsteueraufkommen, beim Regierungswechsel zu Rot-Grün 1998 betrug der Anteil 6,7 % und 2001, d.h. nach drei Jahren rot-grüner Regierung, betrug der Anteil zusammen nur noch 1,8 % (vgl. Eißel 2002). Dass die Steuer- und Abgabenlast weitgehend bei den Arbeitnehmer/innen hängen blieb, kann man schon daran erkennen, dass deren Bruttolöhne in den Jahren von 1980 bis 2002 durchschnittlich zwar um rund 74 % wuchsen, nach den Abzügen durch Lohnsteuer (+106 %) und Sozialabgaben (+118 %) die Nettoeinkommen jedoch nur um 59 % stiegen; in realer Kaufkraft gemessen musste eine Einbuße von -5 % hingenommen werden (Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung 2003; Ziff. 1.12 ff).

Vermögensverteilung

Nach Angaben der Deutschen Bundesbank standen dem für Ende 1999 geschätzten Brutto-Vermögen (außer Produktivvermögen) in Höhe von 17,3 Billionen DM Schulden in Höhe von 2,8 Billionen DM entgegen, so dass ein Reinvermögen von 14,55 Billionen DM bleibt. Jeder Haushalt hatte demnach im Durchschnitt DM 153.000 an Geldvermögen und DM 389.000 an Gesamtvermögen.

Tabelle 2: Entwicklung des Vermögens der privaten Haushalte brutto in Billionen DM

	Insgesamt	Geld	Immobilien	langlebige Gebrauchsgüter
1991	10,0	3,4	5,4	1,2
1995	12,7	4,5	6,7	1,5
1998	14,5	5,5	7,3	1,7
1999	17,3	6,7	8,8	1,7

Quellen: Bedau 1999, Deutsche Bundesbank 2000

Diese Durchschnittsangaben täuschen jedoch darüber hinweg, dass erstens das Vermögen in Deutschland erheblich konzentriert ist und dass es zweitens eine beachtliche Anzahl von Haushalten gibt, die über gar kein Vermögen verfügen. Nach Angaben der EVS nahm der Anteil der Haushalte, die z.B. über keinerlei Geldvermögen verfügen, in der Zeit von 1993 bis 1998 in Westdeutschland von 3,3 % auf 7,7 % und in Ostdeutschland von 2,5 % auf 7,4 % zu. Das heißt in Deutschland hatten 1998 immerhin 3,3 Millionen Haushalte keinerlei Geldvermögen.

Angaben über die Konzentration der Vermögensbestände privater Haushalte können letztmals aus der Vermögensteuerstatistik von 1995, allerdings eingeschränkt nach den Bewertungsmaßstäben des Steuerrechts, entnommen werden. Die Daten zeigen, dass die Finanzämter 1995 im früheren Bundesgebiet rund eine Million natürliche Personen/Haushalte zur Vermögensteuer veranlagten; in den neuen Ländern war die Vermögen-

steuer nicht eingeführt worden. Das steuerlich bewertete Gesamtvermögen der veranlagten Personen belief sich auf 915 Mrd. DM, worauf 9 Mrd. DM Vermögensteuer zu entrichten waren. Die gewährten persönlichen und sachlichen Freibeträge bzw. Freigrenzen führten dazu, dass kleinere und mittlere Vermögen nicht veranlagt und somit nicht in der Vermögensteuerstatistik erfasst wurden (Statistisches Bundesamt 1999). Im Ergebnis zeigt die Vermögensteuer-Statistik von 1995, dass 49 % der Steuerpflichtigen ein steuerlich bewertetes Gesamtvermögen von bis zu DM 400.000 hatten; auf sie entfielen 14 % des Gesamtvermögens und 6 % der Vermögensteuer. 7.359 Haushalte (0,7 % der Veranlagten) hatten ein steuerliches Vermögen von mindestens 10 Millionen DM, darunter 296 Haushalte von mindestens 100 Millionen DM. Die »oberen Zehntausend« der Steuerpflichtigen (1 % der Veranlagten) besaßen 28 % des Gesamtvermögens; ihr Anteil an der Steuerschuld betrug 33 %. Auf die 1.000 reichsten Haushalte entfielen 13 % des Gesamtvermögens; sie hatten 15 % des Steuervolumens zu zahlen (Bedau 1999: 545 f.). Die Konzentration der Vermögen ist folglich hoch.

Dies gilt auch für die sehr selten erfassten Produktivvermögen: »Die Analyse ergab eine sehr hohe Konzentration des unmittelbaren privaten Unternehmensbesitzes« (Bach/Bartholmai 2001: 777). Bach und Bartholmai errechneten für 1995 ein Rohvermögen der gewerbesteuerpflichtigen Unternehmen unter Einbeziehung von Freiberuflern und Landwirten von 5,8 Billionen DM (ebenda: 769).

»Vom Reinvermögen aller Unternehmen 1995 in Höhe von 2,4 Bill. DM entfielen rund 1,5 Bill. DM auf private Haushalte. In gesamtwirtschaftlichen Darstellungen taucht dieser Teil der privaten Vermögen nicht auf, obwohl er – gemessen an den übrigen Vermögensbeständen (Immobilien, Geld- und Gebrauchsvermögen, zum Jahresende 1995 schätzungsweise 11 Bill. DM) – eine nicht zu vernachlässigende Größe darstellt« (ebenda: 777).

Aktuelle Zahlen über das gesamte Finanzvermögen sind von der Deutschen Bank Research veröffentlicht worden. Nach deren Angaben ist es in der Zeit von 1995 bis 2000 um durchschnittlich 7 % pro Jahr gestiegen und lag im Jahr 2000 bei 3,644 Mrd. € (7.127 Mrd. DM) (Deutsche Bank Research 2001: 24). Interessant sind dabei die Veränderungen in der Anlageform: Die Zahlen belegen, dass die Deutschen Mitte der 1990 Jahre Aktien, Wertpapiere und Fonds als relativ neue Anlagen für sich entdeckt haben: Während noch in der zweiten Hälfte der 1980 Jahre im Durchschnitt rund 85 Mrd. DM pro Jahr für den Erwerb von derartigen Anlagen ausgegeben wurden, hat sich diese Summe nach Angaben der Deutschen Bundesbank im Jahr 2000 auf 834,7 Mrd. DM erhöht (Deutsche Bundesbank 2001: 48* ff.). Das ist eine Steigerung in elf Jahren um das 5,7-fache. Erst danach verlangsamte sich aufgrund der Börsenturbulenzen der Kauf spekulativer Papiere. Gegenwärtig gibt es nach Angaben des Deutschen Aktieninstitutes rund 11,8 Millionen Aktien- und Fondsbesitzer. Hochrechnungen aufgrund von Umfragen zeigen, dass im Jahr 2000 21 % der westdeutschen und 11 % der ostdeutschen Haushalte Aktien besaßen; für Investmentzertifikate (überwiegend Fonds) lagen diese Zahlen bei 16 % bzw. 15 %. Bemerkenswert ist dabei, dass die Einkommen aus diesen Kapitalanla-

gen nicht in dem Maße besteuert werden wie Erwerbseinkommen. Dies gilt nicht nur wegen der mangelnden Transparenz und einer illegalen Praxis der Steuervermeidung (insbesondere bei Zinseinkünften), sondern betrifft auch die erheblichen Wertzuwächse, die aufgrund der deutschen Gesetzgebung weitgehend steuerfrei bleiben. Allein von 1992 bis 1998 lagen die unversteuerten Kursgewinne nach Angaben des DIW bei 493,6 Mrd. DM (Bedau 1999: 562).

Genauere Angaben über die Vermögensmillionäre wurden vor kurzem durch eine private Finanzierungsgesellschaft (Merrill Lynch und Cap Gemini Ernst & Young) in einem »German Wealth Report 2000« veröffentlicht (Merrill Lynch/Cap Gemini Ernst & Young 2000). Seit über 15 Jahren beobachtet diese Finanzgesellschaft das Segment der Reichen und Superreichen. Ihre Publikation zeigt, dass immer mehr Deutsche Euro-Millionäre geworden sind. Deren Zahl ist von 1996 bis 1999 um jährlich 5,3% auf insgesamt 365.000 gestiegen. Ihr Geldvermögen stieg in diesem Zeitraum jährlich um 10% auf ein Gesamtvermögen von 2.000 Milliarden €. Insgesamt 25,7% des gesamtdeutschen Vermögens werden von nur 0,5% der erwachsenen deutschen Bevölkerung gehalten. 3.700 Superreiche mit mehr als 30 Millionen € an Privatvermögen besaßen insgesamt 612 Mrd. €. Die Anzahl wohlhabender Privatkunden (High Net Worth Individuals/HNWIs) in Deutschland – Privatanleger mit einem Finanzvermögen von jeweils mehr als einer Million US-Dollar (€ 950.000) ohne Berücksichtigung von Immobilienbesitz – ist bis Ende 2002 sogar auf 755.000 gestiegen, was einer Verdoppelung seit 1999 entspricht. Dies geht aus dem von Cap Gemini Ernst & Young und Merrill Lynch im Juni 2003 veröffentlichten »World Wealth Report 2003« hervor (Merrill Lynch/Cap Gemini Ernst & Young 2003).

Dass der Fiskus so schonend mit den Reichen umgeht, liegt vor allem an Änderungen des Steuerrechts und hat nichts z.B. mit der Rechtsprechung des Verfassungsgerichts im Zusammenhang mit der Vermögensteuer zu tun. Das Verfassungsgericht hatte lediglich die Ungleichbehandlung von Immobilien- und Geldwerten moniert und auf eine Abhilfe bis Ende 1996 gedrängt. Da der Gesetzgeber diese Frist nicht eingehalten hat, darf die Vermögensteuer seit 1997 nicht mehr erhoben werden.

Konjunkturimpulse hat die Umverteilung zugunsten der Wohlhabenden und des Unternehmenssektors nicht gebracht; im Gegenteil: die Arbeitslosigkeit stieg weiter. Von daher ist es dringend geboten, nicht nur aus Gründen der Stimulierung der Nachfrage, sondern vor allem zugunsten des sozialen Ausgleichs und gesellschaftlichen Zusammenhalts die Richtung der Umverteilung umzukehren und die Wohlhabenden wieder stärker in die Pflicht zunehmen.

Literatur

- Bach, Stefan/Bartholmai, Bernd (2001): Vermögenswert der Unternehmen – Besitz und Beteiligungen privater Haushalte, in: DIW-Wochenbericht, Jg. 68, Nr. 48, S. 767–778
- Becker, Irene (2001): Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland: Ein Bild mit unscharfen Konturen, in: Politische Bildung, Jg. 34, Nr. 2, S. 19–39

- Bedau, Klaus Dietrich (1999): Geldvermögen und Vermögenseinkommen der privaten Haushalte, in: DIW-Wochenbericht, Jg. 66, Nr. 30, S. 559–567
- Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung (2003): Statistisches Taschenbuch, Berlin
- Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung (2001): Lebenslagen in Deutschland. Der erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Bonn
- Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (2002): Gerechtigkeit für Familien, Schriftenreihe Band 202, Stuttgart
- Deutsche Bank Research (2001): Geldvermögen in Deutschland und Euroland, in: Aktuelle Themen, Nr. 217
- Deutsche Bundesbank (2001): Monatsbericht der Deutschen Bundesbank, H. 11
- Deutsche Bundesbank (2000): Monatsbericht der Deutschen Bundesbank, H. 6
- Eißel, Dieter (2002): Einkommens- und Vermögensverteilung, Argumente gegen eine wachsende Schieflage, in: Eicker-Wolf, Kai et al. (Hrsg.): »Deutschland auf den Weg gebracht.« Rot-Grüne Wirtschafts- und Sozialpolitik zwischen Anspruch und Wirklichkeit, Marburg, S. 87–124
- Merrill Lynch und Cap Gemini Ernst & Young (2003): German Wealth Report 2003, www.de.cgey.com
- Merrill Lynch und Cap Gemini Ernst & Young (2000): German Wealth Report 2000, www.de.cgey.com/servlet/GB/menu/1000941
- Otto, Birgit/Siedler, Thomas (2003): Armut in West- und Ostdeutschland, in: DIW-Wochenbericht, Jg. 70, Nr. 4, S. 61–66
- Statistisches Bundesamt (2001): Nettoeinkommen und Zahl der Haushalte nach Haushaltsgruppen 1991 bis 2000, Wiesbaden
- Statistisches Bundesamt (1999): Pressemitteilung: Vermögensteuerpflichtige natürliche Personen/Haushalte 1995, Wiesbaden
- Statistisches Bundesamt (1998): Einkommens- und Verbrauchsstichprobe, Heft 4, Wiesbaden

Die rot-grüne Gesundheitsreform: Modernisierung als Umverteilung *Nadja Rakowitz**

Das Gesundheitswesen ist – nicht nur in Deutschland – ein bedeutender ökonomischer Faktor. Mit einem Anteil von ca. zehn Prozent des BIP (ca. 250 Milliarden Euro Umsatz) liegt der Gesundheitssektor deutlich über dem Anteil der Kraftfahrzeugindustrie (vgl. Paetow 2002: 17). Trotz dieser im internationalen Vergleich relativ hohen Ausgaben hat der Sachverständigenrat für die Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen im Jahr 2001

* Universitätsklinik Frankfurt, Institut für Medizinische Soziologie.